

atgeber. Sie e Waffe der ie mit der en, daß es talien muß, was man in

Ehre" einen ernationalen otengest in t folgenden

heiten. Viel- täglich die glich Gelden- d. Die Idee e Gefahr", der ationalität, unänder- ; sie werden iche Erfin- e "Feind" sie militärischen und sucht, ein seine An- usf., wenn nstrebungen s gegenüber Neutralität, heroisch ab- eldungen". e, frisch betro- aufe. Wenn seines End- teile erste, denn er ist er sei bereit, assen würde, waffen zählt tungsfestere. „germanische während des des getösch-

Das Kriegs- rmees zu rikanischen zu beurteilt.

us Rom zu- rückge- errat einbe- antwefend. ie Renaus-

Mangel und en Presse zu. e den Schiff- t, daß „die en sei.“ Es rittels aus, eichzeitig ein etreide- und

anjahr 1916 per Tonne 150 Sh. 75 Sh. 155 Sh. 75 Sh. 110 Sh. des Writels oh man sich ichtungen der tage berührt Verhältnissen der, welcher ndes Gefäß

nschaft eine 95 bis 98 ewigung der nbt, gehören anischen und auf der höheren Strafe ver-

heit. it die Sog- ie unendlich aleit hinaus e Möglichkeit ationen unter röße durch- ert worden. Organismus e Tradition, ehen davon, die Kranken die frühere darauf ein- , hat auch iter schmerz- einfachsten atienten vor eübung Daß diese nstige war, ende Mittel Reputies, Blätter zu ch Insekten d. Perobot ie Wirkung atienten im denen alten bekräft als hte der be- ut, Atoun- olen einen aus bereits gen Körper-

Beilage zu Nummer 18 der Volksstimme.

Samstag den 22. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 22. Januar 1916.

Vereinfachte Volksernährung.

Von A. Reineck, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

II.

Wie die Verhältnisse liegen, sind die Gemeinden garnicht in der Lage, durch Festsetzung von Höchstpreisen für Wurst eine Verbilligung überhaupt zu erzielen. Sie verschlimmern in vielen Fällen das Uebel noch. Es gibt viel zu viel Wurstsorten. Der Magistrat in Berlin hat versucht, möglichst alle Sorten und Arten mit Höchstpreisen zu bedenken und erzielt dabei, daß sich keine Hausfrau die Preise merken kann. In Hamburg, Hannover (und Frankfurt) Red. d. „N.“, ist sogenannte Qualitätswurst von den Höchstpreisen ausgenommen, was zur Folge hat, daß solche Wurstsorten, für welche Höchstpreise festgesetzt sind, fast nicht mehr hergestellt werden, weil an Qualitätswurst mehr zu verdienen ist. Mehrere Städte haben nur für einige Sorten Höchstpreise bestimmt, wodurch diese Sorten aus dem Verkehr vertrieben sind. Die Metzger haben es in solchen Fällen in der Hand, durch andere Bezeichnung ihrer Wurstsorten höhere Preise zu erzielen und dem Magistrat auf Schritt und Tritt ein Schnippchen zu schlagen. Bis eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt ist, wird diese Praktik feilenruhig zum Schaden des Publikums fortgesetzt.

Hier kann nur eines wirklich helfen: das ist das Verbot der Herstellung von vieler Wurstsorten. Es muß angeordnet werden, daß im ganzen Reich nur drei oder vier Sorten hergestellt werden dürfen, vielleicht Leberwurst, Blutwurst, Preßkopf und Mettwurst, oder wie sie bezeichnet werden, und für diese müssen Höchstpreise gelten. Mag jemand seine Wurst nennen wie er will, unter eine dieser Arten muß sie fallen und darf den Höchstpreis nicht überschreiten. Das ist leicht durchzuführen und überflüssig. Eine Uebertretung der Höchstpreise ist dann so gut wie ausgeschlossen, denn jeder kann die Preise leicht im Gedächtnis behalten.

Einsendungen hiergegen können strichhaltig nicht gemacht werden. Man wird doch niemandem einreden können, daß der Krieg nur dann gewonnen wird, wenn die Wohlhabenden ihre Trüffelswurst oder sonstige Delikatesswurst auf dem Speisetisch haben. Ganz im Gegenteil. Eine solche Anordnung wird dazu beitragen, daß auch die Winderbemittelten Wurst zu erträglichen Preisen erhalten, denn das Fleisch, das heute in die sogenannten allerfeinsten Wurstsorten verarbeitet wird, bleibt dann nicht mehr für die Reichen reserviert. In der Kriegszeit wird es kein Schaden sein, wenn die überflüssigen Lederbissen nicht hergestellt werden dürfen.

Der Vorschlag, die Herstellung sogenannter Delikatesswurst zu verbieten, ist keine harte Zumutung an die Bevölkerung. Wir haben doch während des Krieges auf diesem Gebiete schon manches zu verzichten. Mit dem Kriegsbrot begann der Hwang der Vereinfachung der Nahrungsmittel. Die frieden Morgenbrötchen verdrängten. Es ist verboten, Milchgebäck herzustellen. Das Kuchenbrot mit Hefe ist verboten. Schlagobaze gibt es schon lange nicht mehr. Es gibt nur drei Sorten Kriegskeks. Die Verwendung von Butter und Eiern zu Gebäck ist so gut wie aufgehoben. Alle diese Maßnahmen auf diesem Gebiete wurden ruhig hingenommen.

Betrachtet man diese Einschränkungen der Lebensmittel, die mit M e h l bereitet werden, so muß man staunen, daß die Nahrungsmittel, zu denen F l e i s c h die Grundlage ist, auch nicht die geringste Beschränkung erfahren haben. Ist das sogenannte feine Gebäck verdrängten, welche Gründe könnten dann maßgebend sein, die aus Fleisch hergestellten Lederbissen ausnahmslos und in jeder gewinnbringenden Steigerung der Arten zuzulassen? Wie oft ist dem Volke gepredigt worden: Zurück zur Einfachheit! Diese Mahnung sollten aber auch die reichen Leute beherzigen und danach handeln. Ohne Hwang ist das aber nicht erreichbar. Deshalb ist dringend zu fordern, daß die Verarbeitung von Fleisch zu Wurstsorten und Delikatessen, die dem Volke nicht zu erträglichen Preisen zugänglich gemacht werden, verboten wird.

Vor einigen Tagen sind Höchstpreise für Käse angeordnet worden. Die Verordnung ist ein abschließendes Musterbeispiel. Wozu die meisten Sorten mit bestimmten Namen und die Namen mit besonderem Fettgehalt? Spielt der Name wirklich eine Rolle, daß Preisunterschiede von 10 Pf. für ein Kilo notwendig sind? Wie soll sich das Publikum darüber orientieren? Auch hier hätte man anordnen sollen: Es darf nur Käse von 15, 40 und 50 Prozent Fettgehalt hergestellt und jede Sorte zu den festgesetzten Höchstpreisen verkauft werden. Geht es bei Brot, warum soll es nicht auch bei Fleisch und bei Milchprodukten geben?

Die Mitglieder der Preisprüfungsstellen haben bei jeder Beratung die ungeheuerlichsten Schwierigkeiten vor sich, die sie nicht beseitigen können. Alle Preisfestsetzungen werden umgangen. Ärger und Verdruß entsteht bei denen, die an der Ausarbeitung der örtlichen Verordnungen beteiligt sind. Und letzten Endes ist es auch nicht einerlei, ob durch mangelhafte Verordnung ein großer Teil der Bevölkerung der Gefahr, bestraft zu werden, ausgesetzt ist, von dem Gerichte aber freigesprochen wird, weil die Anordnungen nicht umfänglich gewesen sind.

Schafft man einfache klare Zustände, werden die Verordnungen wegen Nichtverstehens der Verordnungen abnehmen und das Publikum kann sich in den Dingen zurechtfinden. Heute wird jeder Preis bezahlt, weil es keinen Menschen gibt, der alle festgesetzten Höchstpreise kennt.

Steigerung der Kartoffelpreise?

Beharrlichkeit führt zum Ziel! Niemand weiß diesen Satz besser zu würdigen, wie unsere patriotischen Landwirte. Wie in Friedenszeiten, so auch jetzt wissen sie fortgesetzt ihre große Not zu schildern, und um diese Not zu lindern, appellieren sie fortgesetzt an die Regierung, ihnen zu helfen. Und der Reid muß es ihnen lassen: sie haben Erfolg mit dieser Methode. Ihre Beharrlichkeit bringt ihnen etwas ein. Das lehrreichste Beispiel ist ihre Kartoffelpreispolitik. Weil die Regierung im vorigen Jahre die Höchstpreise für Kartoffeln mit Rücksicht auf die gute Ernte nicht hoch genug festsetzte,

hielten die Bauern ihre Kartoffeln einfach zurück. Halbamtlich und amtlich wurde zwar wiederholt erklärt, es sei absolut nicht daran zu denken, daß der Kartoffelpreis erhöht würde; aber die schlauen Bauern ließen sich dadurch nicht irre machen. Sie warteten ruhig auf „bessere Zeiten“ und ließen ihre Kartoffeln stillbergnüt in den Rieten. Jetzt wird ihr patriotisches Durchhalten in entsprechender Weise belohnt. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: „In der letzten Zeit ist viel von einer bevorstehenden Erhöhung der Kartoffelpreise die Rede gewesen. Wie wir hören, wird man wahrscheinlich von einer allgemeinen Erhöhung der jetzt geltenden Höchstpreise für Kartoffeln absehen. Dagegen dürften sogenannte Lieferungszuschläge auch für Kartoffeln festgesetzt werden. Durch eine vor kurzem ergangene Verordnung des Bundesrats sind derartige Lieferungszuschläge für Getreide und Hafer bestimmt worden. Diese Zuschläge sind, genau betrachtet, nichts anderes als eine verschleierte Preiserhöhung, und es muß leider gesagt werden, daß die in den Zuschlägen liegende Preiserhöhung denjenigen zugute kommt, die mit den Lieferungen zurückhalten.“

Wenn die Regierung wirklich diese sogenannten Lieferungszuschläge für Kartoffeln zuläßt, dann wird das von den übelsten Folgen sein. Die Bauern, die mit ihren Kartoffeln zurückgehalten haben, werden sich ins Häufchen lachen, und die anderen, die verkauft haben, werden ergrimmen und fortan Regierungsversicherungen einfach nicht mehr glauben. Das Volk aber hätte aufs neue Gelegenheit, zu sehen, wie die Regierung den agrarischen Interessen Rechnung trägt.

Ausbau der Familienunterstützung.

Der Bundesrat hat den Beschlüssen des Reichstages, die auf einen Ausbau der Familienunterstützungen hingingen, seine Zustimmung erteilt. Die Kriegserfahren werden demnach auch während der kommenden Sommermonate den Satz von 15 Mark und von 7.50 Mark für jedes Kind bekommen. Diese Unterstützung wird auch den Angehörigen der aktiven Mannschaften gewährt, die während des Krieges ihre aktive Militärpflicht erfüllen. Das Gesetz wird weiter ausgedehnt auf Pflegekinder und Pflegeeltern. Der Bundesrat hat auch dem Beschluß des Reichstages zugestimmt, monach die Familienunterstützung unbedingt zu gewähren ist, wenn das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E weniger als 1000 Mark, in den Orten der Tarifklasse C und D weniger als 1200 Mark und in den Orten der Tarifklassen A und B weniger als 1500 Mark beträgt. Auf diese Weise ist Vorsorge getroffen, daß mit der Gewährung der Unterstützung etwas liberaler verfahren wird, als das seither von vielen Gemeindeverordneten gefordert wird, die die Unterstützungsbedürftigkeit immer im Sinne der Armenpflege aufgefaßt haben.

Diese neue Verordnung bedeutet eine erfreuliche Erweiterung der Fürsorge für Kriegsfamilien, die allerdings auch sehr notwendig war. Namentlich in manchen kleineren Städten und Gemeinden war man bisher in der Gewährung der Kriegsunterstützung sehr engstirnig. Dem wird durch diese neue Verordnung vorgebeugt. Soche unserer Genossen in den Gemeindevertretungen und Kriegsausschüssen wird es sein, darüber zu wachen, daß die neuen Bestimmungen nun auch in liberaler Weise zur Anwendung kommen.

In Frankfurt a. M. bestand bisher schon die Praxis, daß die Bedürftigkeit von Kriegsfamilien bis zu Einkommen von 3000 Mark als gegeben angesehen wurde, und daß ein etwaiger Verdienst bis zur Hälfte dieses Einkommens (also bis zu 1500 Mark) bei Gewährung der Unterstützung nicht zur Anrechnung gelangte.

Zur Beachtung! Auf die vom Gewerkschaftskartell ins Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung, in der Herr Geschäftsführer Bauer über Volksernährung und Höchstpreisverordnungen spricht, machen wir die Arbeiterschaft besonders aufmerksam. Die Versammlung findet am Montag den 24. Januar, abends 8½ Uhr, statt. (Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Arbeitsamt. Auf die Veröffentlichungen des Arbeitsamtes, „Beschäftigung von Kriegsgefangenen“ betreffend, sind diesem in den letzten Tagen zahlreiche Aufträge um Zuweisung von Kriegsgefangenen ausgegangen. Nach Verhandlungen mit der Inspektion der Kriegsgefangenenlager in Frankfurt a. M. kann den Wünschen der Auftraggeber wegen Mangel an geeigneten Kriegsgefangenen nicht voll entsprochen werden. Dem Arbeitsamt wird auf Antrag gestattet, selbst in den Kriegsgefangenenlagern nach geeigneten Arbeitskräften Umschau zu halten; es ersucht daher alle Arbeitgeber, die Arbeitskräfte benötigen, und gegebenenfalls bereit sind, sich intelligente Leute selbst für ihre Betriebe anzusehen, ihm dies baldmöglichst mitzuteilen. Die Kriegsgefangenen werden vom Arbeitsamt zu den Löhnen abgegeben, die augenblicklich in dem Gewerbe für deutsche Arbeiter gezahlt werden. Nähere Auskunft ist im Arbeitsamt, Zimmer Nr. 9, zu erhalten.

Der feldgraue Schwindler, der hier unter dem Namen Richard Schmidt einen Pensionsinhaber und einen Schuhwarenhändler hineingelegt hat, ist von seinem Schicksal erlöst worden. Der hiesige Kriminalpolizei gelang es, den Feldgrauen in einem Hotel festzunehmen, als er gerade im Begriff war, in eine höhere militärische Charge zu avancieren. Er trug bereits Unteroffiziersrock und Sergeantentüpfel. In verschiedenen Geschäften hatte er sich noch Reichthum, silbernes Portepape, Degen usw. gekauft, natürlich auf ewigen Kredit, und er wäre wahrscheinlich demnächst als Leutnant aufgetaucht, wenn ihm die Polizei nicht seinen militärischen Werdegang vorzeitig unterbrochen hätte. Die „gekauften“ Sachen wurden gerade bei ihm abgeliefert, als seine Festnahme erfolgte. Der Schwindler entpuppte sich als der f a n a s t i s c h e Kanonier Alexander Rogge eines Ersatz-Feldartillerie-Regiments und wurde flüchtig gefügt. Er ist 1890 in Kassel geboren.

Sendungen an Kriegsgefangene. Trotz wiederholter Warnungen werden den deutschen Gefangenen in Feindesland von ihren Angehörigen noch immer Briefe, Postkarten oder Gegenstände in Paketen und dergleichen geschickt, die mit deutschen Nationalitätszeichen versehen sind. Dazu gehören Wäpchen und Versammlungen in den Bundesherden der Bundesstaaten, Wäpchen, Wäpchen deutscher Fürsten und Seeräuber als Warenzeichen oder Fabrikmarken und ähnliches. Derartig ausgestattete Sendungen werden den Gefangenen nicht ausgeteilt, sondern ohne weiteres beschlagnahmt. Dadurch entstehen dann häufig Klagen über Unregelmäßigkeiten im Postverkehr mit den Gefangenen. Mit

dieser Kleinlichen Auffassung unserer Feinde muß gerechnet werden. Im Interesse der Gefangenen kann daher nicht genug empfohlen werden, alle Sendungen ohne derartige Abzeichen zu halten.

Kleinverkaufspreise.

die nach der heutigen Marktlage im Sinne von Ziffer 3 der Verordnung des Heilvereinsenden Generalkommandos 18. Armee Korps vom 20. Juli 1915 für mittlere bis gute Ware als angemessen gelten. Für Wurst, Treibhaus- und Spallermare sind die Preise nicht maßgebend. Kartoffeln und Gemüse: das Pfund: Speisekartoffeln 4 Pf., Weißkraut 6–8 Pf., Wirsing 9–12 Pf., Rotkraut 12–14 Pf., (Holländer) das Stück 50–60 Pf., Rosenkohl 35–40 Pf., Winterkohl (Blaukraut) 10–12 Pf., Kohlrabi (oberirdische) das Stück 5 bis 10 Pf., Spinat 15–18 Pf., Gelbe Rüben 10–12 Pf., Karotten 15–18 Pf., Rote Rüben 10–12 Pf., Weiße Rüben 6–12 Pf., Schwarzwurzeln 20–30 Pf., Radiesel das Stück 6–10 Pf., Gestrillsalat das Stück 15–25 Pf., Feldsalat 25–40 Pf., Zwiebeln 15–20 Pf.

Obst: das Pfund: Äpfel, bessere Sorte 18–30 Pf., Äpfel, mittlere Sorte 18–30 Pf., Rosäpfel 15–18 Pf., Äpfeln, bessere Sorte 20–30 Pf., mittlere Sorte 20–30 Pf., Rosäpfeln 18 bis 20 Pf., Kastanien 40–50 Pf., Apfelsinen 8–12 Pf., Zitronen 8–10 Pf.

Sonstige Waren: Trüffler, das Stück 25–26 Pf., Handkäse, das Stück 8–10 Pf.

Wiesbaden, den 21. Januar 1916.

Städt. Marktverwaltung.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Siebrich, 21. Jan. (Familienversicherung der Allg. Ortskrankenkasse.) Die neue Reichsversicherungsordnung, die förmliche Umwälzungen auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens hervorrief, machte auch eine Umgestaltung der Familienversicherung notwendig. Die neuen Bestimmungen sind, nachdem sie im Späthjahr vom Ausschuss und dem Oberversicherungsamt genehmigt wurden, am 1. Januar in Kraft getreten. Die Auflösung der alten Versicherung konnte nach den Satzungen nur durch eine Generalversammlung geschehen, die am Mittwoch im „Raifer Adolf“ stattfand. Der Geschäftsführer, Herr Großer, der bisher die Geschäfte im Nebenannte führte, erläuterte die neuen Bestimmungen; gleichzeitig gab er einen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung der Familienversicherung. Die heutigen Satzungen gewähren den Mitgliedern wesentliche Vorteile. Ein Beitrittzwang besteht nicht. Die Begrenzung des Höchstbetrags bei freiwilliger Mitgliedschaft ist fortgefallen und der Begriff der Familienangehörigen genau festgelegt. Bei Entrichtung von 1.50 Mark einwilligen Monatsbeitrags, den das Mitglied an die Kasse abzuführen hat, werden folgende Leistungen gewährt: freie ärztliche Behandlung (einschließlich Zahnbehandlung) auf die Dauer von 26 Wochen, freie Arznei, Verbandstoffe usw. und bei notwendiger Krankenhauspflege einen Zuschuß zu den Verpflegungskosten von täglich 75 Pf. auf die Dauer von 13 Wochen. Ferner ein nach dem Alter abgestuftes Sterbegeld. Nach regele Aussprache wurde die Auflösung einstimmig beschlossen. Das vorhandene Vermögen von 500 Mark geht statutenmäßig an die Allg. Ortskrankenkasse über. — (Prot. Mark.) Die Ausgabe der Westmarken findet nur Montags (auch für Militärpersonen) in der städtischen Turnhalle, vormittags von 8½ bis 12 Uhr, nachmittags von 1½ bis 5½ Uhr, statt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kriegsteilnehmer und ihre Invalidenversicherung.

Von Kontrollinspektor Simon, Darmstadt.

Nach den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen wurde Personen, die beim Beginn der Kriegsdienstzeit zu den Versicherten gehörten, diese Kriegsdienstzeit bei Berechnung der Renten wie Beitragsmonate der Lohnklasse II nur dann angerechnet, wenn sie eine versicherungspflichtige durch Beitragsmarken belegte Arbeit infolge ihrer Einberufung oder ihres freiwilligen Eintritts zum Wehrdienst unterbrochen hatten. Diese anrechnungsfähigen militärischen Dienstleistungen dienten gemäß § 1281 der A.-B.-G. auch zur Erhaltung ihrer durch die frühere Beitragsleistung erworbenen Anwartschaft auf Rente. Die hier von betroffenen Versicherten hatten es deshalb während des Krieges nicht nötig, dem Erlöschen der Anwartschaft auf Rente durch Vererbung einer bestimmten in den §§ 1280, 1282 der A.-B.-G. geforderten Anzahl von Beitragsmarken vorzubeugen.

Diese Vorteile wurden, wie schon hervorgehoben, nur Zwangsversicherten, nicht aber freiwillig versicherten Personen zuteil. Freiwillig in die Versicherung Eingetretene mußten, um dem Erlöschen der Anwartschaft auf Rente vorzubeugen, auch während der Kriegsdienstzeit alljährlich mindestens zwanzig, Personen aber, die in selbstständiger Stellung ihre frühere Zwangsversicherung freiwillig fortsetzten, alljährlich mindestens zehn Wochenbeiträge entrichten.

Durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen ist aber doch mancher an der ordnungsmäßigen Beitragsentrichtung gehindert. Vielen ist sie unmöglich gemacht, wodurch zahlreiche Anwartschaften auf Rente gefährdet waren — in steigendem Maße, je länger der Krieg dauerte. Da man von diesen Personen aber nicht verlangen konnte, daß sie während der Wechselfälle des Kriegsdienstes für die rechtmäßige Entrichtung freiwilliger Beiträge sorgen und ein Pflichtverlöst infolge der Teilnahme an der Verleibung des Vaterlandes als Unbilligkeit empfunden werden müßte, war es an der Zeit, die in schwer abzuwendender Weise für zahlreiche Versicherte eingetretenen Nachteile wieder zu beseitigen und weiter brechenden Schädigungen vorzubeugen, weshalb der Bundesrat von der ihm in weiser Fürsorge erteilten Ermächtigung zu wirtschaftlichen Maßnahmen auch hinsichtlich der Invalidenversicherung Gebrauch gemacht und in der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1915 verordnet hat, daß das, was seither nur für Zwangsversicherte gegolten hat, während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Krieges auch für freiwillig Versicherte gelten soll.

Damit wird auch die Wirkung erzielt, daß niemand durch den Eintritt in den Kriegsdienst seine Anwartschaft verliert. Allerdings wird durch eine solche Fürsorge nur der beim Beginn des Kriegsdienstes zu den Versicherten gehörende Kriegsteilnehmer und nur dann betroffen, wenn seine durch die Beitragsleistung erworbene Anwartschaft auf Rente nicht erloschen war. Kriegsteilnehmer, die in Unkenntnis dieser Maßnahmen Beitragsmarken auch während ihres Wehrdienstes freiwillig verwenden, können Antrag auf Rückzahlung der Beiträge stellen. Dieser Antrag ist durch Vermittlung der Ortskrankenkassen-Ansagenstelle des Wohnorts oder Aufenthaltsortes des Versicherten bei dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt einzureichen.

Die Quittungskarten-Ausgabestelle hat vor Weitergabe des Antrags die Kriegsdienstzeit in der zuletzt im Gebrauch gewesen Quittungskarte auf Grund des Militärpasse einzutragen, die Quittungskarte abhandeln aufzurechnen und dem Versicherten eine neue Quittungskarte mit folgender Nummer auszustellen. Bei der Aufrechnung sind Beitragsmarken, deren Wert zurückgezahlt werden soll, nicht zu berücksichtigen, diese Marken sind vielmehr durch die Aufschrift des Vermerks „ungültig“ kenntlich zu machen. Dem Antrag ist nur die Quittungskarte mit den in Frage kommenden „ungültigen“ Marken beizufügen. Anträge, die nicht spätestens bis zum Schluss des Kalenderjahres einlaufen, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist, werden nicht berücksichtigt.

Höchst a. M., 22. Jan. (Nur Bählfelder?) Bei der jetzt erfolgten Nachprüfung der Getreidevorräte in den einzelnen Kreisen werden allgemein höhere Bestände aufgedeckt, als früher angegeben wurden. Auch im Kreise Höchst wurde ein ganz erhebliches Mehr gegenüber der ersten Aufnahme festgestellt. Infolgedessen ermahnte der Landrat die Landwirte zur peinlichsten Gewissenhaftigkeit bei ihren Angaben. Außerdem verfügte er die Abgabe des gesamten sogenannten Winterkorns an den Kreis. In der Gemeinde **Ansbach i. L.** hat sich ein Mehr des Getreidebestandes von 100 Zentnern gegenüber der ersten Zählung herausgestellt. Sonderbar, daß sich das Getreide plötzlich so vermehrt. Was mag daran wieder schuld sein?

Heidenheim, 21. Jan. (Gemeindevertreterwahl, „Bürgerliche“ und bürgerliche Parteien.) Im März d. J. haben die Wahlberechtigten für unsere Gemeindevertretung stattgefunden. Dank dem plötzlichen Dreifachstimmrecht ist es an unserem Orte bisher nicht möglich gewesen, der Arbeiterkraft eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung im Gemeindefestkollegium zu ermöglichen. Bei der ersten Gemeindevertreterwahl nach der neuen Landgemeindeordnung im Jahr 1898 war es uns möglich, die 6 Sitze in der 3. Wählerklasse für uns zu gewinnen. Dieser erste Erfolg war begründet in der lokalen Aufstellung der Wählerliste, die allen männlichen Gemeindefestbürgern, ob verheiratet oder ledig, ob als Schläfer angemeldet oder als Inhaber eines möblierten Zimmers, das Wahlrecht einräumte, wenn die sonstigen Vorbedingungen gegeben waren. Eine solche weitestgehende Auffassung des Wahlrechts, wie solche der damalige Bürgermeister behandelte, war natürlich nicht nach dem Sinne der Aufsichtsbehörde, und schon die erste Ersatzwahl im Jahr 1900 zeigte eine ganz erhebliche Reduzierung der Wählerzahl, infolge einer Veränderung in der Auffassung des Wahlrechts durch die behördlichen Organe. Das große Industrieunternehmen von **R. Gassella & Co.** mit seiner exorbitant hohen Steuerleistung führte dazu, daß in der ersten und zweiten Wählerklasse eine lächerlich geringe Zahl von Wählern aufmarschierten, und die gesamte übrige Wählerkraft auf die dritte Klasse konzentrierte. An diesem Wählerverhältnis hat sich seitdem nur wenig geändert, wenn auch in der 2. Wählerklasse heute etwa 40 Wähler gegenüber 3 im Jahre 1898 in Betracht kommen. Erwägt man noch die Öffentlichkeit der Wahl und den moralischen Druck der auf die Arbeiter der Handwerke durch die Beamten der letzteren ausgeübt wurde, so sind die wiederholten Mißerfolge unserer Partei bei den bisherigen Ersatzwahlen mehr als verständlich. Heute haben wir nur noch einen Vertreter im Kollegium, der dieses Jahr auszuscheiden hat. Im Interesse des „Bürgerfriedens“ wollen die bürgerlichen Parteien in „grohmütiger“ Weise den bisherigen Bestehen aller Parteien achten, und die Wiederwahl aller auscheidenden Vertreter zur Wahlparole machen. Die örtliche Parteileitung wird zu der Sache Stellung nehmen und erwidern müssen, inwiefern tatsächliche Gründe eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Wahl notwendig machen. Die Parteigenossen, die zu einer Besprechung in dieser Sache eingeladen werden, mögen das oben Gesagte beherzigen und zur Stelle sein.

St. Goarshausen, 21. Jan. (Zehn Mühlen geschlossen.) Wegen Uebertretung des Wahlverbots wurden im hiesigen Kreise folgende zehn Mühlen polizeilich geschlossen: die Vogeler Mühle in Reichenheim, die Res- und Gemmersmühle in Marienkels, die Schneidemühle, Ludwig- und Rinkelsmühle bei Wiesen, die Stegmühle in Berg, die Spissmühle in Bornig, die Aulermühle in Auel und die Hegmannsmühle in Niederbachheim.

Fulda, 21. Jan. (Beachtenswerte Entscheidung.) Die Hausdame der Rittmeistersgattin Frau von **Lenningen** auf Gut Mansbach ist eine Belgierin und hat als Ausländerin entgegen dem Befehl des Generalkommandos ihren Aufenthaltsort wiederholt verlassen, um Besorgungen vorzunehmen. Auch gingen ihr unter der Deckadresse der Frau von **Lenningen** wiederholt Briefe aus dem Ausland zu; schließlich soll sie sich nicht bei dem zuständigen Bürgermeister gemeldet haben. In der Verhandlung erklärte Frau von **Lenningen**, von dem Verbot des Briefverkehrs nichts gewußt zu haben; sie bestritt aber, daß die Hausdame die Grenze überschritten habe, da in den besuchten Ortschaften Grundstücke des Gutes lagen. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie 500 Mark Geldstrafe. Gegen die Belgierin beantragte er zwei Monate Gefängnis. Beide Angeklagte wurden jedoch freigesprochen, da das Gericht angenommen habe, daß die Frau v. **L.** unter dem Reiseverbot des Generalkommandos nur das Reisen nach anderen Städten verstanden habe. Wenn diese Auffassung auch falsch sei, so liege doch eine vorläufige Handlungsweise nicht vor.

Siegen, 21. Jan. (Kriegssteuer.) Die hiesigen Stadtverordneten hatten beschlossen, eine Nachtragsumlage von 20 Prozent zur Einkommensteuer zu erheben. Dieser Beschluß hat die Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen gefunden. Einkommen über 3000 Mark werden nun mit dieser Kriegssteuer belegt, auch Beamte, die das Privileg zur Gemeinde-Einkommensteuer genießen.

Kirchen a. d. Sieg, 21. Jan. (Weiskrankung.) Der Landrat unseres Kreises hat verfügt, daß sämtliche Schrotmühlen nur noch Montags, Mittwochs und Freitags mahlen dürfen. Ferner wird den Landwirten des Kreises Altkirchen verboten, das Getreide zu ihrer Selbstversorgung in Mühlen mahlen zu lassen, die außerhalb des Kreises liegen.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. 50. Wir bedauern sehr, in dieser Sache nichts tun zu können. Wenden Sie sich an die sozialdemokratische Parteileitung hier.

M. G. hier. Von der Existenz einer Sozialistischen Frauengruppe in Frankfurt a. M. ist uns nichts bekannt.

Neues aus aller Welt.

Großer Brand in Norwegen. Das furchtbare Brandunglück von Bergen ist für Norwegen ein nationales Unglück und schon wieder wird von einer Feindinvasion berichtet, die

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Wilhelm Peterfen, Frankfurt a. M.-Nordost 1
am 31. Dezember 1915 im Lazarett zu Dornhald gestorben

Eugen Hagemann, Hanau
gestorben am 11. Januar 1916 im Alter von 30 Jahren

Heinrich Meyer, Hanau
im Januar 1916 im Lazarett zu Waldenburg gestorben

Franz Klebl, Groß-Auheim
gestorben am 7. Oktober 1915 in Frankreich

Ludwig Lambrich, Sonnenberg
am 8. Januar 1916 in Russland gestorben

Molde bei Kalesund betrifft. (Kalesund ist die Küstenstadt, die vor wenigen Jahren zum großen Teil abbrannte.) Dort brach am Freitagmittag in zwei Holzlagern Feuer aus. Da ein heftiger Gewittersturm ohne Regen herrschte, griff der Brand mit größter Schnelligkeit um sich. Bei der letzten telefonischen Verbindung mit Molde war der ganze innere Stadtteil bedroht. Die Apotheke war niedergebrannt, die Brauerei und drei Holzlager standen in Flammen. Nach einer späteren Meldung ist auch die Telegraphenstation niedergebrannt. — Molde ist ein Städtchen von etwa 2000 Einwohnern, freundlich an dem nach ihm benannten Fjord gelegen und Mittelpunkt des Fremdenverkehrs.

Weiter wird gemeldet: Der Brand in Molde entstand in einer Holzwarenfabrik. Während der Völsarbeiten daselbst brach ein neuer Brand in der Nähe der Telegraphenstation aus, die eine lange Zeit stark bedroht war. Es gelang, sie zu retten. Mit Ausnahme der Verbindungen nach Kalesund und Kristiania sind alle anderen unterbrochen. Durch Funken wurde der Brand in die innere Stadt getragen. Der Brand wütet weiter. Es besteht keine Aussicht, bald seiner Herr zu werden. Ein Torpedoboot ist zur Hilfeleistung von Kalesund nach Molde abgegangen.

Eifersuchtsdrama? Im Berliner Tiergartenviertel erschoss gestern Abend eine vornehm gekleidete Dame nach einem Wortwechsel auf offener Straße mit einer Drowsingpistole ihren Begleiter, einen Strohlicher Hausbesitzer, durch drei Schüsse, die in den Kopf drangen.

Waisenrente für uneheliche Kinder.

Das Archiv deutscher Verfassungsminder hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der verlangt wird, daß bei der Versorgung der Kriegswaisen kein Unterschied gemacht wird, ob es sich um eheliche oder uneheliche Kinder handelt. Diese Eingabe ist von mehr als 500 Vormundschaftsgerichten unterzeichnet. Die gesetzliche Festlegung dieses Wunsches wird erst nach dem Kriege erfolgen; aus Billigkeitsgründen werden diese Renten aber jetzt schon in den weitaus meisten Fällen gewährt. Bis jetzt hat sich nur die konservative Presse gegen diese Gleichstellung ausgesprochen, weil sie fürchtet, daß dadurch die Moral weiter Volkskreise untergraben werden könnte. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß die Mehrheit des Reichstages sich von solchen absolut unzutreffenden Erwägungen nicht leiten lassen wird.

Cipriani und der Krieg.

Der italienische Revolutionär **Amilcare Cipriani** wurde im Jahre 1914 im sechsten Kreise von Mailand zum Mitglied der italienischen Kammer gewählt. Infolge seiner revolutionären Vergangenheit, die ihm den Aufenthalt in Italien unmöglich machte, wurde das ihm anvertraute Mandat nicht anerkannt. Erst seine antioesterreichischen Kräfte in der „Gumanität“ während des Krieges veranlaßte die italienische Regierung, Cipriani's Mandat für gültig zu erklären. Wie die „Gumanität“ vom 15. d. M. mitteilt, hat Cipriani jetzt sein Mandat niedergelegt und seinen Wählern in einem Schreiben erklärt, daß seine republikanischen Überzeugungen es ihm nicht gestatten, in einem monarchischen Parlament zu wirken. Zum Schluss nimmt Cipriani Stellung zum Kriege, um Italien zu begünstigen. Er schreibt:

„Ich sage Ihnen, daß dieser Krieg heilig ist. Wir Alten können weder gute Führer, noch tapfere Soldaten sein. Indem ich diese Wahrheit ausspreche, bauge ich vielleicht meine letzte Kraft aus. Aber ein Alter, der 55 Jahre harter Kämpfe und Leiden hinter sich hat, kann noch immer zur Fühne werden. Und als Fühne werde ich mich heute, im scharlachroten Sonnenuntergang meines Lebens und vor dem Gewissen aller Sozialisten und Italiener, die den Glauben an die Bestimmung ihres Landes und der Menschheit noch nicht verloren haben, und ich rufe: Es lebe Italien! Es lebe der Sozialismus! Und für Italien und den Sozialismus! Es lebe der Krieg! Dieser große und einzigartige Krieg sämtlicher Völker gegen die Vergeßlichkeit neutraler Staaten, gegen die Angreifer sozialistischer Länder, gegen die Feinde der Grundgesetze der Nationalität und gegen den deutschen Militarismus, den Feind des Friedens, der Internationale und des Sozialismus.“

Telegramme.

Ernährungsfragen im Preußenlandtag.

Berlin, 21. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Der Hauptauschuß des Abgeordnetenhauses begann heute die Beratung über Ernährungsfragen. Der Präsident der Reichsgetreidekasse, Dr. **Michaelis**, machte Mitteilungen über die Bestandaufnahme der Brotgetreidevorräte und stellte fest, daß die erforderlichen Bestände bei entsprechenden Einschränkungsmaßnahmen des Konsums bis zur neuen Ernte und darüber hinaus gesichert seien. Der Landwirtschaftsminister erklärte, da er an der Zuverlässigkeit der Statistik Zweifel gehabt habe, seien im vorigen Jahre auf seine Veranlassung die Anbauflächen durch die Landräte festgestellt und eine sorgfältige Schätzung der Erträge durch besondere Kommissionen vorgenommen worden. Das Ergebnis weiche von der früheren Schätzung erheblich ab. Es sei angeordnet worden, daß, sofern eine Schließung der nicht gewerblichen Schrotmühlen überhaupt nach den örtlichen Verhältnissen für notwendig gehalten

werde, jedenfalls dafür gesorgt werden müsse, daß die Mühlen an gewissen Tagen zu bestimmten Stunden, nötigenfalls unter polizeilicher Aufsicht benutzt werden könnten. Wegen der Beschaffung guten Saatgetreides sei eine Verfügung an die Kommunalverbände ergangen. Bei der Bewirtschaftung des Getreides sei nicht nur die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln, sondern auch der Schutz, die Erzeugung und Erhaltung des Viehbestandes ins Auge zu fassen. Ein Mitglied der Kommission führte aus, daß nicht nur Rücksicht auf die Konsumenten zu nehmen sei, sondern auch darauf, daß die Produktion angeregt werde. Die hohen Lebensmittelpreise seien bedauerlich, aber die Produktion werde ohne sie verfallen müssen. Der Präsident der Reichsgetreidekasse führte aus: Das Bestreben der Organe der Reichsgetreidekasse war darauf gerichtet, auch für die Produzenten zu sorgen. Dieser Absicht hätten die Maßnahmen der Freigabe des Winterkorns usw. entsprochen. Die festgestellte Knappheit habe diesen Maßnahmen aber ein Ziel gesetzt. Der Minister des Innern wies darauf hin, daß den Kommunalverbänden das Recht der Selbstwirtschaft in weitestem Maße zugestanden sei. Die Zahl dieser Verbände habe sich seit dem Vorjahre von 320 auf 382 erhöht; nur 116 Bedarfskreise würden von der Reichsgetreidekasse versorgt. Ein Redner forderte eine Verschärfung der Kontrolle über die Verfüterung von Getreide und über die tatsächliche Verwendung des Saatgetreides. Die vorhandene Anbaufläche müsse voll bebaut werden. Beurteilungen müßten stattfinden und Düngemittel beschafft werden. Darauf wurde erwidert, die notwendigen Nahrungsmittel könne die deutsche Landwirtschaft erzeugen, auch die Futtermittel zur notwendigen Ernährung des Viehs. Nur dem Luxus könne sie nicht genügen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß Anordnungen nötig seien darüber, was auf den einzelnen Flächen gebaut werden dürfe, sonst sei ein Zurückgehen des Anbaus des Brotgetreides zu befürchten. Die Ausmaßung des Getreides müsse so scharf wie möglich sein. Der Präsident der Reichsgetreidekasse wies schließlich darauf hin, daß ein abschließendes Urteil über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Maßnahmen zurzeit noch nicht möglich sei.

Deutsch-französischer Zivilgefangenen-Austausch.

Berlin, 22. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nach langen Verhandlungen ist zwischen der deutschen und der französischen Regierung eine Vereinbarung wegen Freilassung der beiderseitigen, nicht wehrfähigen Zivilgefangenen zustande gekommen, welche die bisher getroffenen Verhandlungen erheblich erweitert.

Auf Grund der neuen Vereinbarung sollen nämlich unverzüglich folgende drei Klassen Zivilgefangener in Freiheit gesetzt und in die Heimat entlassen werden: 1. Frauen und Mädchen; 2. männliche Personen unter siebzehn und über 55 Jahren; 3. Männer zwischen siebzehn und 55 Jahren, die wegen ihres körperlichen Zustandes zur Erfüllung militärischer Pflichten völlig untauglich sind. Ausgenommen von der Freilassung sind nur Personen, die sich wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen mit Einschluß derer gegen die Sicherheit des Staates in Untersuchung oder Strafkraft befinden, ferner die Geiseln im eigentlichen Sinne, das heißt solche Personen, die nach dem Völkerrecht zur Sicherstellung des Wohlverhaltens der Bevölkerung oder zur Erfüllung gewisser, ihr auferlegter Verbindlichkeiten festgehalten werden können. Die Vereinbarung für die Anwendung sowohl auf die im eigenen Staatsgebiet mit Einschluß der Kolonien und Protektorate festgenommenen feindlichen Zivilpersonen, als auch auf solche Zivilgefangene, die aus von den beiderseitigen Streitkräften besetzten feindlichen Gebieten, oder von eigenen, neutralen oder feindlichen Schiffen fortgeführt wurden. Wie sich aus diesen Abreden ergibt, gelang es leider nicht, das Abkommen den deutschen Vorschlägen gemäß auch auf die beiderseitigen wehrfähigen Zivilgefangenen zu erstrecken. Immerhin ist die Vereinbarung als wesentlicher Fortschritt im Sinne der Menschlichkeit zu begrüßen, da hierdurch auf beiden Seiten viele tausende Zivilgefangener, die an der Kriegsführung völlig unbeteiligt sind, die Freiheit zurückerlangen; insbesondere können auch die aus dem Elend und den deutschen Schutzgebieten fortgeführten Personen, soweit es sich nicht um Wehrfähige handelt, nach langer Leidenszeit in die Heimat zurückkehren.

Die Vorbereitungen für die Durchführung der Vereinbarung werden nach Möglichkeit beschleunigt, sobald mit einem baldigen Eintreffen der beteiligten Deutschen gerechnet werden kann.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Sonntag, 22. Jan., 7 Uhr (Neuheit!): „Tante Tüschen“.
Sonntag, 23. Jan., 4 Uhr: „Wo die Schwalben nisten...“ Halbe Preise. — 7 Uhr: „Tante Tüschen“.
Montag, 24. Jan., 7 Uhr: „Die selbige Erzählung“.
Dienstag, 25. Jan., 7 Uhr: „Jahrmacht in Palenitz“.
Mittwoch, 26. Jan., 7 Uhr: „Die selbige Erzählung“.
Donnerstag, 27. Jan., 7 Uhr: „Tante Tüschen“.
Freitag, 28. Jan., 8 Uhr (Vollbesetzung!): „Wo die Schwalben nisten...“

Sonntag, 29. Jan., 7 Uhr (Neuheit!): „Komödie der Worte“.
Sonntag, 30. Jan., 4 Uhr: „Ein toller Einfall“ Halbe Pr. — 7 Uhr: „Komödie der Worte“.

Königliches Theater.

Sonntag, 22. Jan., 7 Uhr: „Garmen“.
Sonntag, 23. Jan., 6 Uhr: „Die Weistinger von Nürnberg“.
Montag, 24. Jan., 7 Uhr: IV. Symphonieconcert.
Dienstag, 1. Febr., 6 Uhr: Sinfonieconcert: „Lohengrin“.

Gewerkschaftskartell Wiesbaden.

Montag, den 24. Januar, abends halb 9 Uhr:

Allgem. Gewerkschafts-Versammlung.

Tagesordnung:

„Die Volksernährung während des Krieges“

unter Berücksichtigung der Höchstpreisverordnung, des Verkaufs von Waren durch die Gemeinden und die Rücksicht auf den Lebensmittelmarkt.

Referent: Stadtverordn. **K. Bauer**, Geschäftsführer d. Konsumvereins.
In dieser äußerst wichtigen Versammlung haben wir alle Gewerkschaftsmitglieder und besonders deren Frauen freundlich ein und hoffen auf einen Massenbesuch. 9 1081 Der Kartellvorstand.

Restauration „Port Arthur“
Walramstr. 20.
Wiesbadener Germania-Brauerei.
Besonders empfehle ein vorzügliches Mittag- und Abendessen.
Küchensaal

Fronten-Karten
Neueste Ausgaben.
Preis 50 Pfg.

Jakob Greis Buchhandlung Volksstimme

mar 1916

die Müh-
nötigenfalls
ten. Wegen
erfügung an
Wirtschaftung
der auch der
bestandes ins
führte aus,
nehmen sei,
werde. Die
die Produkt-
Präsident der
Organe der
die Produkt-
nahmen der
festgestellte
gehe. Der
Kommunal-
testen Maße
ich seit dem
kreise wür-
Medner for-
Verfütterung
ung des Saat-
voll bebaut
Düngemittel
die notwendige
erzeugnisse
nahrung des
Von anderer
nötig
ebaut werden
Brotgetreide
müsse so stark
beistelle wie
teil über 2 1/2
zeit noch nicht

Austausch.

Arbeitslose
handlungen ist
Regierung eine
nicht mehr
die bisher ge-
mäßig unberg-
heit geht und
Mädchen;
und über 6 1/2
ren, die wegen
Pflücken der
Freilassung
Verbrechen oder
Sicherheit des
son, ferner die
Kronen, die nach
allens der Ver-
legter Verbind-
barung fi-
mit Einschluß
indischen Bil-
von den beider-
oder von eige-
wurden. Wie
nicht, das W-
die beiderseits-
immerhin ist die
ne der Mensch-
viele tausende
unbeteiligt sind,
auch die aus dem
alten Personen,
langer Lebens-
Bereinarung
einem halben
den kann.

„Ghen“.

ten... Galbe

ib“.

die Schwelben

der Worte“.

Galbe Br. —

von Rürnberg“.

„Lobengetin“

abaden.

10 9 Uhr:

ammlung

„Krieges“

nung...
den und

„Konsumvereins“.

mit alle Gemein-
ein und dessen
rellvorstand.

„Karten“

Ausgaben.

50 Pfg.

Volksstimme

der Verärgerung gegen John Bull vorhanden ist, weil dieser 50 Prozent der dem Weltverkehr ausgedehnt zur Verfügung stehenden Tonnage sein Eigentum nennt und anscheinend nichts tut, um der Frachtraum-Kalamität entgegenzuarbeiten.

Während eine tabellarische Abhilfe der Frachtraum-Kalamität durch staatliche Maßnahmen nach wie vor von den maßgebenden englischen Stellen als unüberwindlich bezeichnet wird, also von dieser Seite für die Zukunft eine Erleichterung kaum zu erwarten ist, ist die Marine Deutschlands und seiner Verbündeten um so mehr darauf bedacht, durch künftige Verringerung des verfügbaren Frachtraumes die Schwierigkeiten Englands auf diesem Gebiete dauernd und mit wachsendem Erfolge zu steigern.

Die Schiffsverluste unserer Gegner.

Die „Allnische Zeitung“ bringt eine Liste 8 der feindlichen Schiffsverluste. Als bekanntgewordener Gesamtverlust der Handelsflotte ergibt sich für:

England	697 Schiffe mit 1 470 351 Tonnen
Frankreich	55 „ „ 148 989 „
Rußland	80 „ „ 30 028 „

Das Blatt fügt hinzu: „Die Ergebnisse dieser Liste in Prozenten umgerechnet bieten folgendes Bild: Da 1913 die englische Handelsflotte aus 11 325 Schiffen über 100 Tonnellen bestand, beträgt der Verlust bei dem Untergang von 697 Schiffen 5,8 Prozent des Bestandes. Der verfügbare Laderaum ist in noch größerem Maße betroffen. Er betrug 1913 — nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Statistik — insgesamt 21 045 049 Tonnellen; ein Verlust von 1 470 351 Tonnellen macht also etwa 6,98 Prozent des ganzen Raumes aus. Wieder sehr interessant ist die Prozentberechnung bei der französischen Handelsflotte, die 1911 1377 Schiffe über 100 Tonnellen mit 1 278 593 Tonnellen umfaßte. Während der Verlust der 55 Schiffe etwa 4 Prozent des Bestandes ausmacht, beträgt der Prozentatz des vernichteten Raumes nicht weniger als 11,7 Prozent, weil es sich meistens um große Transportschiffe gehandelt hat.“

Der Ruf nach einem Diktator für Frankreich.

Bischof, 22. Jan. Clemenceau empfiehlt im „Homme enchaîné“ eine Diktatur. Er schreibt: „Die Diktatur die ich verlange (ich wage das Wort auszusprechen), würde nicht zu Verdächtigungen eines einzelnen Mannes führen. Wenn unter uns ein Sulla (römischer Feldherr und Diktator) wäre, so hätte er schon die Diktatur eingeführt, ob mit oder ohne unsere Erlaubnis. Ein notwendiges Übel hat uns aus dieser Gefahr befreit. Eine moralische Diktatur aber habe ich schon lange verlangt. Ich habe wieder Furcht, das auszusprechen, noch Furcht vor einer Einwirkung nach den Anregungen Renaudels. Soeben hat mir einige Wochen vor seinem Tode geschrieben, ich möchte dieser Frage meine Aufmerksamkeit schenken und sie zum Gegenstand einer Diskussion zwischen den Vertretern der beiden Kammern machen. Ich erkläre ihm, daß ich bereit sei, ihn zu unterstützen. Das tue ich, weil mir die Form der Diktatur als die gemäßigste aller revolutionären Formen erscheint. Ich glaube der Moment ist geeignet, unter diesem Gesichtspunkt das nationale Problem zu betrachten.“

Die Bewunderung bei der politischen Intelligenz in Frankreich muß wirklich hoch gelegen sein, wenn man sich bei den bürgerlichen Parteien auf Sozialisten als Freunde der Diktatur beruft und die letztere als eine „revolutionäre Form“ ausruft. Was ein Willkürdiktator mit der Revolution zu tun hat, ist schleierhaft. Aber die Franzosen sind sofort in einem Zustand beunruhigter Beaufsichtigung, wenn sie das Wort „Revolution“ in irgend einer Verbindung hören, wenn auch in der simulierten.

Von der Westfront.

Die Luftkämpfe.

London, 20. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. In Beantwortung einer Anfrage im Unterhause erklärte Tennant, daß man, um die Luftgefechte an der westlichen Front richtig aufzufassen, den defensiven Charakter der deutschen Kampfmethoden in der Luft berücksichtigen müsse. Für diese Art von Gefechten seien Flugzeuge vom Typ Fokker geeignet, die nicht imstande seien, lange Flüge fern von den eigenen Linien und über den britischen Linien zu unternehmen. Das Hauptziel für Flugzeuge seien Aufklärungen für die artilleristische Tätigkeit und in unserem Falle der Angriffskampf. Danach müsse die Eignung unseres Flugzeugtyps vor allem beurteilt werden. Wenn die Deutschen zur Offensive übergingen und hinter unsere Linien kämen, dann hätten wir dort Flugzeuge von derselben Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit, wie die Fokkermaschinen, die sie zur Verteidigung hinter ihren eigenen Linien hätten. Tennant wies darauf hin, daß aus den angegebenen Gründen fast alle Luftgefechte auf der deutschen Seite der Front stattfänden, deshalb erlitten die englischen Verluste an Maschinen und Fliegern, soweit sie vorkommen, äußerst groß. Die Deutschen verhältnismäßig ihre eigenen Verluste und seien imstande, mit den englischen Verlusten Reklame zu machen. „Wir sind aber damit zufrieden, daß unser Luftdienst in den letzten Gefechten gut abgeschnitten hat.“

Danach scheinen die Engländer bestige Schmerzen wegen unserer Luftfolge zu haben. Daß auch wir dabei Opfer bringen müssen, ist ganz selbstverständlich.

Schonung für Frankreich!

Bern, 21. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Im Pariser „Journal“ warnt Charles Humbert vor der Vergewaltigung von Menschenmaterial und fordert, daß alle Mannschaften, die an der Front nicht brauchbar oder nötig seien, in die Heimat zurückgeschickt werden. Er sagt: „Das Leben wird täglich teurer, täglich wird die produktive Tätigkeit des Landes schwächer. Sieht man denn nicht, daß die wirtschaftlichen Dinge eine immer bedeutendere Rolle in den Kriegsproblemen spielen? Man verlangt die Wiederaufnahme der Geschäfte. Wie soll das möglich sein, wenn der Arbeiter die Hände über dem Kopf verliert? Frankreich ohne für die heilige Sache der Alliierten Anstrengungen ohne Gleichen; es hat die Hauptlast des Krieges getragen und das meiste Blut vergossen. Es hat ein Recht auf Schonung. Frankreich hat niemals geglaubt, wenn man ihm seine Pflichten vorgehalten hat. Denken wir jetzt auch ein wenig an diejenigen, welche man gegen uns übernommen hat. Frankreichs Blut ist nicht unerschöpflich. Lassen wir ihm das Wenige, was es notwendig zum Leben braucht.“

Schweizer Neutralitätsverletzungen.

Gegen zwei Schweizer Generalstabsoffiziere ist eine Unteruchung eingeleitet worden, weil sie angeblich zugunsten Deutschlands Handlungen vorgenommen haben sollen, welche sich mit der Neutralität nicht vertrügen. Die deutschfeindliche Schweizer Presse hat großen Lärm gemacht und auch die sozialdemokratische Presse der Schweiz hat sich an dem Protest beteiligt, sehr in der Absicht, damit den „preussischen Militä-

risanis“ zu treffen. Der „Berner Bund“ schreibt zu der Affäre:

Es ist also der Agitation im eigenen Lande gelungen, die Angelegenheit auch für das Ausland mächtig auszubringen und mit vorgetragenen, ungenauen Mitteilungen auszustatten. Für das Ausland sucht die „Berner Tageswacht“ und die sozialdemokratische Presse überhaupt den Fall weiter politisch auszunutzen. An den Mauern der Stadt Bern las man gestern (18. Januar) einen Aufzug, der aufreizen sollte: „In eingeweihten Kreisen verläutet, daß der Generalstabsoberst Karl Egli während der Zeit der Mobilisation als Gast am der Tafel des deutschen Kaisers war. Von Oberst i. G. Moritz von Battenwyl ist bekannt, daß er im November 1914 die deutsche Front besuchte. Diese beiden Momente erschweren die ganze Lage und heischen sofortige Klarstellung.“ Der zweite Teil des Anschlages forderte Auskunft über die Festungspläne, die nach der Mitteilung des „Berner Tagesblattes“ verwendet worden seien. Gestern abend war die große Volksversammlung, an der Herr Nationalrat Grimm über das Thema: „Die Oberstenoffiziere“ zu reden hatte.

Ueber weitere Neutralitätsverletzungen berichtet der „Bund“: „Schon seit einigen Tagen wird in Bern das Gerücht herumgeboten, daß das Mitglied einer westschweizerischen Kantonsregierung sich mit einem Ausländer zu tief eingelassen und ihn in Spionagegeschäften unterstützt habe. Aus verständlichen Gründen haben wir auch in dieser Angelegenheit mit Anschuldigungen zurückgehalten. Der Bundesrat hat sich am Dienstag mit der Sache befaßt, die Untersuchung schwebt indessen noch, so daß ein Urteil jedenfalls heute nicht gefällt werden kann. Da von dem Mitglied einer westschweizerischen Regierung die Rede ist, so halten wir dafür, es sei angemessen, zum Schutze anderer zu sagen, daß es sich um Herrn Savoie, Präsident des freiburgischen Staatsrates, handelt, und daß Dienste in Betrach kommen, die einer Entenmacht geleistet wurden. Was nun den zweiten Fall anbelangt, die Flucht des Ingenieurs aus der Fortifikation Murten, so scheint er weniger schwerwiegend zu sein, als er in gewissen Blättern dargestellt wird. Es handelte sich, wie wir vernehmen, nicht um einen Offizier, sondern um einen schweizerischen Zivilingenieur, der beim Straßenbau im Fortifikationsbereich verwendet wurde und nach Frankreich durchgebrannt, wo er in die französische Armee eintrat und zum Reserveleutnant aufrückte. Genaue Einsicht in die Fortifikationspläne kann er also nicht bekommen haben. Wenn er einer ausländischen militärischen Stelle seine persönlichen Beobachtungen ausliefern, so ist der Fall als Spionage natürlich immer noch ernst genug zu nehmen.“

Und nun die Obersten-Affäre. Es wäre nichts unrichtiger, als anzunehmen, daß der allgemeine Unwille in der deutschen Schweiz geringer sei als im romantischen Teil unseres Landes. Wenn wir auch in dieser Angelegenheit bisher zurückhielten, so geschah dies nur, um der Unteruchung nicht vorzugreifen und mit Rücksicht darauf, daß unangelegte Anschuldigungen nur einer ohnehin schon zur Genüge propagierten Aufregung gedient hätten.

Sobiel steht einmal fest, daß sich einzelne Mitglieder unseres Armeestabes, mehr als gut war, mit Dingen beschäftigten, die mit unseren militärischen Interessen wenig oder nichts zu tun hatten. Die Tatsache, daß unser Land trotz der Mobilisation im Frieden lebt, mag dies einigermaßen erklären, nicht aber entschuldigen. Soweit man die Sachlage heute beurteilen kann, dürfte es wohl ziemlich sicher sein, daß die Affäre durch eine militärgerichtliche Untersuchung und je nach deren Ergebnis mit der Ueberweisung an das Militärgericht ihren Abluß finden wird. Und so ist es gut. Sind die Obersten Egli und von Battenwyl unschuldig, so kann dies auf solche Weise einwandfrei festgestellt werden; sind sie schuldig, so werden sie die gerechte Strafe über sich ergehen lassen müssen.“

Inzwischen beschlossen in einer am 19. d. M. abgehaltenen Sitzung des Bundesrats und der Armeeführer der Schweiz, den militärischen Richter unverzüglich mit der Anordnung der Untersuchung zu betrauen. Die Ergänzung der Untersuchung gestaltet sich schon, auszusprechen, daß die beiden Obersten zur Last gelegten Handlungen den Charakter des Landesverrats tragen. Es wird sich um Vergehen handeln, welche unter den allgemeinen Begriff von Verletzungen der Pflichten fallen, die durch die Neutralität des Landes und die Anforderungen des Militärdienstes verlangt werden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der bayerische Landtag hat nach harten Kämpfen das Gemeindebeamten-gesetz ohne den Ausnahme-paragraphen gegen die Sozialdemokratie erlassen. Künftig sollte einem Gemeindebeamten aus seiner Jugendzeit zur Sozialdemokratie kein Recht entstehen. Die Kammer der Reichsräte macht nun aber Schwierigkeiten, indem sie das Gesetz in dieser Session nicht mehr durchsetzen will.

Die schlesische Regierung bewilligte den bedürftigen Textilarbeitern freie Eisenbahnfahrt zu anderen Arbeitsplätzen.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat den Wiener Reichstag der Vereinigten Staaten von Amerika davon verständigt, daß kein österreichisch-ungarisches Unterseeboot bei dem Untergang der „Persia“ in Betracht komme.

Der König der Belgier hat den Rücktritt des Ministers des Innern Dabignon, der durch Baron Beyens ersetzt wird, angenommen.

Im englischen Unterhause teilte Asquith mit, die Regierung habe eine weitgehende Verbesserung von ungelerten, halbgelernten und weiblichen Arbeitern beschlossen, da es notwendig sei, die geserten Arbeiter für andere Kriegsarbeiten freizubekommen. Die Arbeitgeber und Führer der Gewerkschaften versprochen die Regierung zu unterstützen. Entsprechende Gesetzesentwürfe werden sofort eingebracht.

Der Parteifreit.

III.

Unverkennbar stehen Dillferding und Kühle in Verwicklungen und Schläfen in einem gewissen Gegensatz. Bei Kühle Starchheit des Prinzips, das in allen Tagen unerschrocken bleiben muß. Der Satz: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ gilt ihm, als sei er bereits Wirklichkeit, nicht erst Ruf und Mahnung. Kühle muß zur Ablehnung aller Kriegskredite kommen und sei es noch so klar, daß eine Volkswirtschaft, die sich nicht wirtschaftlich aus der Verflechtung in den kapitalistischen Interessenskreis herauslösen kann, mit dem ganzen Volk infolge fribolen Angriffs untergehen muß, wenn sich nicht alle Volksklassen zur Verteidigung erheben. Vor sich selber braucht Kühle gar nicht, was er zur nachträglichen Rechtfertigung seiner Haltung heranzieht. Solche Starchheit führt zu dünnen Begriffen und unschickbarem Sentiment. Daß die geserten Arbeiter für andere Kriegsarbeiten freizubekommen. Die Arbeitgeber und Führer der Gewerkschaften versprochen die Regierung zu unterstützen. Entsprechende Gesetzesentwürfe werden sofort eingebracht.

stehen, zur Bedeutungslosigkeit herabgesetzt, wie die bekannte kleine Gruppe in Holland.

Anders steht es um Dillferding. Er weiß, daß die politische Aktion nicht am Schreibtisch erfunden wird, er trägt außerordentlichen Legen Rechnung. Aber die politische Praxis muß in seiner Betrachtung dann erweisen, ob und wie lange die außerordentlichen Umstände fortbestehen. Was jetzt die preussische Landtagsfraktion unternommen hat, das wird Dillferdings Anschauungen über eine selbständige sozialdemokratische Politik entsprechen, wenigstens als Einleitung dazu. Es ist dem Wesen, allerdings keineswegs der Ausführung nach, nichts anderes, als was ich vor der Bewilligung der letzten Kredite in der „Volksstimme“ von der Reichstagsfraktion gefordert hatte (und was ich bereits vor der Bewilligung im August v. J. mündlich und schriftlich dort äußerte, wo ich mir eine Wirkung versprochen). Bedingungen, die unmittelbar den Krieg angingen (Verhärtung der Parlamentarismus, Zensur, Kriegsgesetze, etc.) sollten gestellt werden; allerdings erschien mir und erscheint mir noch ein fables Friedensprogramm „gegen Annektionen“ als zu schwach und unzulänglich. Kautsky hat, wie er neulich im „Vorwärts“ sagte, weitere Bedingungen stellen wollen. Die Fraktion hat keine Bedingungen gestellt, und so stand sie allerdings „praktisch in Reich und Glied mit den bürgerlichen Parteien“. Ich hege nicht, wie Dillferding, die Hoffnung, eine veränderte Stellungnahme der Fraktion würde zu einer Umgruppierung der Sozialistpartei in Frankreich und England geführt haben, ich halte ich gegen Dillferding und Dillferding für richtig, laut dem die Spaltung der deutschen Fraktion die Siegeshoffnung in Frankreich bekräftigt hat und den Krieg verlängern half. Seit einigen Tagen haben wir ja auch von Dillferding, dem internationalen Sekretär, die Befundung, daß die französische und englische Sozialdemokratie nicht einmal zu einer Aussprache willig war. Nicht die Hoffnung, sie zu bekehren, sondern das Verlangen, die sozialistischen Kräfte für die Demokratisierung Deutschlands einzufinden und die Haltung der Partei im Krieg so zu orientieren, daß sie nach dem Krieg vor sich selbst bestehen kann, bestimmte mich. Allerdings — ich habe es wiederholt betont — erwarte ich von der Annahme eines Weges zu demokratischen Zuständen die Gewinnung von Sympathien für Deutschland im Ausland.

Die Fraktion hat bei Kriegsbeginn ihre Politik richtig eingestellt, aber sie hat nicht vermocht, im Kriegsverlauf dieser Politik Selbstständigkeit zu geben. Aber nicht bloß zur Selbstständigkeit, sondern überhaupt zu jeder Politik unfähig sind jene Fraktionsgegner, die in Parteiverfassungen Redner niederzulegen und die Versammlung strengen; auch Annäherungen gegen Parteiangehörige schleudern von der Art, die sonst ein gewisser Verband präfigierte; oder in Schmäh-schriften auffordern, den Lumpen ins Gesicht zu speien, mit der Dumbpelle die Verräter zum Zerkel zu jagen“. Wohingehend es, die es so treiben. Sie loswerden, wäre ein Segen für die Partei. Wenn Menschen eine Politik treiben, die ich mißbillige, so sind sie deswegen nicht Feind und Verräter, sagte auf einem Parteitag Dillferding (der alte). So, unvermeidbar so stellte die politische Lage der Fraktionsmehrheit sich dar: Deutschland steht einer Ueber-macht gegenüber; der deutsche Kapitalismus ist sicher nicht mehr schuld am Krieg, als der der Entente-länder; Deutschlands Kriegsführung erschweren, während die Arbeiterparteien Frankreichs und Englands ganz innig zur Kriegsführung der Entente stehen, würde Deutschlands Niederlage bedeuten; also muß der Burgfriede und sonst noch viel ertragen, nur Reden und Erklärungen dürfen dagegen gesagt werden; die Eroberungspolitik bestimmter Kreise bedeutet eine Kriegsverlängerung, ihre Durchsetzung im Friedens-schluß brächte eine neue Kriegsgefahr; eben deswegen darf die Fraktion die Stellung des Kanzlers nicht so erschweren, daß er entweder abhandeln oder den Eroberungspolitikern verfallen müßte; denn ohne Rücksicht könnte er nicht regieren. Das alles zeugt von politischer Ueberlegung und einem achtenswerten Verantwortlichkeitsgefühl. Die Schlussfolgerung übersteht nur, daß schließlich auch die Eroberungspolitik nicht unabhängig sind: wenn nicht nur Partei-splitters, sondern wenn die ganze Fraktion, die mehr als ein Viertel des Reichstages umfaßt, Bedingungen stellte und von der Erfüllung der Bedingungen die Bewilligung weiterer Kredite abhängig machte, so war das ein Hindernis, das auch Eroberungspolitik nicht im Sprung nehmen. Vorausgesetzt nur, daß die Bedingungen den Anschauungen breiter Volksklassen entsprächen.

Also nicht nur eine unpolitische Betrachtungsweise, die fundam-entally orientiert ist und in der Idee vorwegnimmt, was in der Praxis Stück um Stück erreicht werden muß, kann sich gegen die spätere Fraktionshaltung wenden, sondern auch und erst recht der ja politische, auch parlamentarischen Handlungen drängende Sozialdemokrat. Aber die Parteimitglieder wurden erst recht schlimm, als rechtsstehende Genossen, voran Koll, den Versuch machten, die Parteipolitik dauernd in eine neue Richtung zu bringen. Es ist keine Frage, daß der Weltkrieg der Partei unendlich viel zu lernen aufweist; der muß ein ganz verdorrenes Hirn haben, wer meint, alles bleibe beim alten und die Partei habe ihre politische Praxis in keiner Weise neu zu orientieren. Aber aus Teilercheinungen einer Ausnahmezeit unbegrenzte Schlüsse ziehen, das mußte viele Genossen aufbringen. Und nun erst die Betrachtungsweise, die nach Belohnung für Artigkeit schielt und so allerdings den Eindruck erwecken kann, als sei eine gewissenhafte politische Ueberlegung in Wirklichkeit ein schmählicher Schacher. Es genügt nicht, daß gewarnt wurde vor Parteizerrüttung, die die Arbeiterkraft um das bringen werde, was sie nach dem Friedensschluß an politischen und sozialen Verbesserungen erlangen kann; der und jener hat wirklich sich angeheißt, als solle durch patriotisches Wohlverhalten eine Belohnung verdient werden. Damit Mißverständnisse möglichst ausgeschlossen sind; ich achte allerdings für nichts Geringeres, daß künftig das hotochenhafte Geschrei von der vaterlandlosen Sozialdemokratie kaum noch erörtern kann. Ich weiß auch, was es bedeutet, wenn den Sozialdemokraten nicht mehr ihrer Bestimmung wegen jede Stelle versperrt ist, die amülichen Einfluß gewährt. Und erst recht schäme ich die Begründung mancher durchaus nicht notwendig zum Kapitalismus gehörender, sondern der Verschönerung von altpreussischem Junkertum und neupreussischem Kapitalismus entporender Hindernisse, die der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen machten. Wenn sie ihre Kampffähigkeit bewahrt, so wird die Arbeiterklasse für Deutschland manches Stück westlicher politischer Kultur gewinnen können. Aber Kampf ist nötig, nicht Hoffnung auf Lohn. Woher unter Kampf nicht das Leben an faden-dünnen Abstraktionen zu verstehen ist. Würde je die Politik der Partei von einer Betrachtungsweise bestimmt werden, wie jene, die beim Wehrbeitrag empfohlen wurde: ablehnen, obgleich gewiß war, daß dann viel schlechtere Steuern kamen, so wäre allerdings im Ru Lande, was jetzt einige Gewerkschaftspolitiker von fern zeigen: die Bildung einer reformistischen Arbeiterpartei!

Die stilen Erscheinungen der Parteimitglieder haben allezeit ihren Nährgrund in der Unterbindung der Parteierziehung. Damit ist von selbst gesagt, daß der Frieden die Gegenwirkung bringen wird. Und noch viel mehr in Gestalt nicht vermindelter, sondern verschärfter sozialer Kämpfe. Denn die Besitzverhältnisse sind ungewollt, der Krieg hat Hunderttausende proletarisiert, die Nachwirkungen des Krieges und der Rückfall auf die ganze Weltwirtschaft werden die Volksmassen aufrütteln und für uns werben. Freilich werden auch die alten Parteibifferenzen neu aufleben; manches wird wegschleudert sein, anderes dazu kommen. Darin hat Kühle recht: in den letzten Jahren war es oft eine Qual, in der Partei zu wirken; denn die sachlichen Gegensätze wurden zu persönlicher Verhetzung weitergeführt; zu oft galt einer dem andern als Feind und Verräter. Fürchterlich ist's, was auch in der Kriegszeit einer auszuhalten hatte. Aber schließlich: wie hätte so Ungeheures vorübergehen können, ohne alle Leidenschaften aufzubringen und guten Be-strebungen auch eine sehr verheerende Ausdrucksform zu geben? Daran werden wir noch lange denken. Die sachlichen Kriebskräfte unserer Bewegung werden die Partei auch darüber hinwegbringen. Keine Frage, daß die Sozialdemokratie Deutschlands ausnehmendst die „Verdammung“ politischer des rechten Flügels werden unter rauhen Laufen der Zeit nach dem Krieg ihre Blauämlen verwerfen und verwerden sehen, und die „Unbedingten“ werden erkennen müssen, daß eine Massenpartei keinen Sentimentalismus haben kann. —

Kriegsspende: Deutscher Frauendank 1915
